

HENRI INFORMIERT



HENRI SCHMIDT
Mitglied des
Deutschen Bundestages

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

auch wenn das neue Jahr bereits einige Wochen alt ist, wünsche ich Ihnen für 2026 Gesundheit, Zuversicht und viel Erfolg!

Die ersten Wochen waren intensiv und ereignisreich. In Berlin sind wir mit frischem Tatendrang in die parlamentarische Arbeit gestartet, zugleich war ich viel im Wahlkreis unterwegs – bei Grünkohlessen, Neujahrsempfängen und zahlreichen persönlichen Gesprächen. Besonders freue ich mich über die vielen neuen Begegnungen und den offenen Austausch vor Ort. Mein herzlicher Dank gilt dabei allen engagierten Organisatoren, die diese Abende möglich gemacht haben.

In diesem Newsletter möchte ich Sie mitnehmen auf eine Reise hin zu einem modernen und digitalen Staat. Denn aus den Gesprächen im Wahlkreis nehme ich immer wieder mit: Staatsmodernisierung muss spürbar bei den Bürgern ankommen. Welche Chancen die Föderale Modernisierungsagenda dafür bietet, erfahren Sie auf den kommenden Seiten. Ebenso berichte ich, was ich von einer fünftägigen Studienreise nach Estland mitgenommen habe und wie wir konkret den Sozialstaat sowie den Schutz unserer kritischen Infrastruktur weiterentwickeln.

Zunächst finden Sie einige Impressionen der vergangenen Wochen. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen und freue mich auf den nächsten Austausch mit Ihnen.

Herzliche Grüße
Euer Henri Schmidt, MdB



Foto: Tobias Koch

DEBATTE VERPASST?

Sie haben meine Rede im Bundestag verpasst? Kein Problem!
Über den folgenden QR-Code gelangen Sie direkt in die
Bundestags-Mediathek.

VERGANGENE REDE:

15.01.2026

Zum Tagesordnungspunkt:
Transparenz und das Targeting politischer
Werbung





HENRI SCHMIDT
Mitglied des
Deutschen Bundestages

ZWISCHEN WAHLKREIS UND BERLIN

NEUJAHRSPUNSCH DER CDU GROSSHANSDORF



NEUJAHRSEMPFANG DER GEMEINDE BRUNSBEK



BESUCH IM SENIORENHEIM "BEI ST. PETRI"



60. HAMFELDER GESPRÄCH



NEUJAHRSEMPFANG DER STADT RATZEBURG



NEUJAHRSEMPFANG DER CDU HAMMOOR





HENRI SCHMIDT
Mitglied des
Deutschen Bundestages

**SPD/CDU LANDESGRUPPE TRIFFT DIE
GESUNDHEITSMINISTERIN AUS SH**



**ZU BESUCH: EINE SCHULKLASSE AUS
BARSBÜTTEL**



**NEUJAHRSEMPFANG DER STADT
MÖLLN**



**NEUJAHRSEMPFANG DER STADT
SCHWARZENBEK**



**AUSTAUSCH MIT DER VHS
HZGT. LBG / STORMARN**





HENRI SCHMIDT
Mitglied des
Deutschen Bundestages

**MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER CDU
GEESTHACHT**



BESUCH IN DER MUSIKSCHULE GLINDE



**GRÜNKOHLESSEN DER CDU
SIEBENBÄUMEN**



**GRÜNKOHLESSEN DER CDU
GROSSHANSDORF**





HENRI SCHMIDT
Mitglied des
Deutschen Bundestages

100 JAHRE FREIWILLIGE FEUERWEHR ESCHEBURG



MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER CDU WENTORF



DEMOKRATIE-WETTBEWERB IN BARSBÜTTEL





HENRI SCHMIDT
Mitglied des
Deutschen Bundestages

KAUM BEKANNT, DABEI ENTSCHEIDEND FÜR UNSEREN STAAT: DIE FÖDERALE MODERNISIERUNGSAGENDA.



In den vergangenen Wochen habe ich bei zahlreichen Veranstaltungen immer wieder gefragt, wer die Föderale Modernisierungsagenda kennt. Die Rückmeldungen haben mich ehrlich gesagt überrascht: Kaum jemand hatte bislang davon gehört.

Dabei geht es um eines der wichtigsten Reformvorhaben für unseren Staat. Und genau deshalb möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um Ihnen zu zeigen, was konkret dahintersteht – und was sich dadurch im Alltag verbessern wird.

In der Kabinettsitzung am 1. Oktober 2025 hat die Bundesregierung die **Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung** beschlossen. Sie schafft die Grundlage für einen Staat, der schneller, digitaler und einfacher funktioniert. Gemeinsam mit den Ländern wurde diese Reform am 4. Dezember 2025 in der **Föderalen Modernisierungsagenda** weitergeführt, damit die Verbesserungen überall ankommen – in den Kommunen, den Landesbehörden und direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

Mit über 200 konkreten Maßnahmen geht es vor allem darum, eines zu erreichen: **weniger Bürokratie und mehr Tempo**. Künftig sollen viele Verfahren nicht mehr monatelang dauern. Wenn Behörden in bestimmten Fällen nicht innerhalb einer festgelegten Frist entscheiden, gilt ein Antrag automatisch als genehmigt. Das schafft Verlässlichkeit und beendet lange Wartezeiten.

Auch viele alltägliche Anliegen werden deutlich einfacher. Ob die Anmeldung eines Autos, die Beantragung von Bafög, ein neuer Personalausweis oder eine Ummeldung nach einem Umzug – vieles wird künftig digital, schneller und ohne wiederholte Behördengänge möglich sein. Daten, die bereits einmal angegeben wurden, müssen nicht mehr neu eingereicht werden. Nachweise und Dokumente können sicher digital gespeichert und direkt verwendet werden.

Gleichzeitig werden die Verwaltungen selbst moderner und effizienter arbeiten. Neue digitale Systeme und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz helfen dabei, Abläufe zu beschleunigen. Das bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger vor allem eines: schnellere Entscheidungen, klare Verfahren und weniger Aufwand.

Natürlich gilt: Ein solcher Wandel geschieht nicht über Nacht. Aber die Richtung ist klar. Mit der Föderalen Modernisierungsagenda wird unser Staat Schritt für Schritt moderner – und für die Menschen spürbar einfacher. Ich lade Sie herzlich ein, sich mit dieser wichtigen Agenda näher zu befassen und die Chancen dieser Reformen kennenzulernen.

Weitere Informationen finden Sie auf meiner Webseite sowie online auf der Website des Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) unter:

<https://bmds.bund.de/themen/staatsmodernisierung/modernisierungsagenda-foederal#c3260>





HENRI SCHMIDT
Mitglied des
Deutschen Bundestages

BÜROKRATIEABBAU IM FOKUS

43 MASSNAHMEN FÜR EIN MODERNERES DEUTSCHLAND

Bürokratieabbau ist kein abstraktes Schlagwort, sondern harte Arbeit am Maschinenraum unseres Staates. Allein im letzten Halbjahr wurden im Bundeskabinett 43 konkrete Maßnahmen beschlossen. Unser Ziel ist klar: Wir befreien unsere Unternehmen, Fachkräfte und Ehrenamtlichen von unnötigen Fesseln. Von der schnelleren Baugenehmigung bis zur digitalen Verwaltung – wir sorgen dafür, dass Deutschland schneller, moderner und effizienter wird. Hier ist die Bilanz unserer Arbeit:



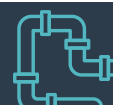
23

**IN KRAFT
GETRETEN**



7

**SOLLEN 2026
KOMMEN**



13

**AUF DEM
WEG**



IN KRAFT GETRETEN:

1. Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung

Stand: in Kraft seit 30.10.2025

2. Entbürokratisierung in der Pflege

Stand: in Kraft seit 01.01.2026

3. Abschaffung Stoffstrombilanzverordnung

Stand: in Kraft seit 07.07.2025

4. Steigerung der Effizienz der nach dem Arzneimittelgesetz zuständigen Bundesoberbehörden

Stand: in Kraft seit 15.11.2025

5. Vereinfachungen des Gemeinnützigkeitsrechts im Entwurf eines

Steueränderungsgesetzes 2025

Stand: in Kraft seit 01.01.2026

6. Geothermie-Beschleunigungsgesetz

Stand: weitgehend in Kraft seit 23.12.2025, bestimmte Regelungen treten erst am 22.06.2026 in Kraft

7. Anpassung des nationalen Rechts an die Verordnung (EU) 2023/1542

Stand: in Kraft seit 07.10.2025





FORTSETZUNG

8. Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes

Stand: in Kraft seit 01.01.2026

9. Gesetz zur Einführung einer elektronischen Präsenzbeurkundung

Stand: in Kraft seit 29.12.2025

10. Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung (VwV- StVO), zur Erleichterung und Beschleunigung von Großraum- und Schwertransporten (GST), durch Vereinfachung und Vereinheitlichung der Erlaubnisverfahren

Stand: in Kraft seit 01.07.2025

11. RED-III-Umsetzung im Wasserhaushaltsgesetz (WHG), Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG), Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG), Baugesetzbuch (BauGB) und im Raumordnungsgesetz (ROG)

Stand: in Kraft seit 15.08.2025

12. Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und des Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetzes

Stand: in Kraft seit 12.01.2026

13. Entlastung der Übertragungsnetzbetreiber

Stand: in Kraft seit 12.12.2025

14. Gesetz über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung und zur Änderung weiterer Gesetze

Stand: in Kraft seit 01.01.2026

15. Verordnung über Standardvertragsklauseln für die Durchführung klinischer Prüfungen (StandVKIV)

Stand: gilt für Verträge nach dem 17.12.2025

16. Verlängerung der Fristen zum Investitionsprogramm Ganztagsausbau

Stand: Gesetz verkündet am 23.07.2025

17. Anpassung nationaler Statistikregelungen an die europäische Systematik der Wirtschaftszweige

Stand: Teilweise in Kraft seit 01.01.2026

18. Erprobungsgesetzgebung Online-Verfahren in der Zivilgerichtsbarkeit

Stand: in Kraft seit 23.12.2025

19. Siebte Steuerliche Verordnung

Stand: in Kraft seit dem 29.12.2025

20. Verwaltungsentlastung im Pass- und Ausweiswesen

Stand: Verordnung zur Entlastung der Bundespolizei und der Verwaltung im Pass- und Ausweiswesen ist am 6. Februar 2026 in Kraft getreten.





FORTSETZUNG

21. Standortfördergesetz mit administrativen Vereinfachungen im Finanzmarktaufsichtsrecht

Stand: in Kraft seit 04.02.2025

22. Bundeswehr-Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz sowie abweichende Verwaltungsvorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Deckung der Bedarfe der Bundeswehr

Stand: in Kraft seit 04.02.2025

23. Stärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) der Zollverwaltung durch den Gesetzentwurf zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung

in Kraft seit 29.12.2025



SOLL NOCH 2026 KOMMEN:

24. Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz

Stand: am 29.01.26 im Bundestag beschlossen, wesentliche Teile treten voraussichtlich zum 1. April 2026 in Kraft

25. Verordnung zur Anpassung des Milchproduktrechts an unionsrechtliche und technologische Entwicklungen

Stand: in Kraft ab 14.06.2026 mit Übergangsfrist bis 31.12.2027

26. Änderung im Verfahren der Antragstellung des Kinderzuschlages

Stand: ab Mitte des Jahres werden erste Kindergeldfälle automatisiert festgesetzt werden

27. Gesetz zur Stärkung der Angebote der Jugendarbeit im Ganzttag während der Schulferien

Stand: 1. Beratung am 18.12.2025 im Bundestag, soll ab 01.08.2026 stufenweise gelten

28. Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren durch das Infrastruktur-Zukunftsgesetz

Stand: 1. Lesung im Bundestag am 26.02.2026, wesentliche Teile sollen zum 19.06.2026 in Kraft treten

29. Digitalisierung des Führungszeugnisses

Stand: Kabinettsbeschluss, Echtbetrieb soll noch im Jahr 2026 starten

30. RED-III-Umsetzung im Bereich Windenergie auf See und Stromnetze

Stand: am 04.12.2025 vom Bundestag angenommen



**AUF DEM WEG:****31. Vergabebeschleunigungsgesetz**

Stand: Kabinett beschlossen (06.08.2025), 1. Lesung im BT (09.10.2025)

32. Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen

Stand: 1. Lesung im Bundestag am 18.12.2025

33. Bürokratieabbau im Bereich des Bundesministeriums des Innern

Stand: 1. Lesung am 29.01.2026

34. Vereinfachung der Meldepflichten in der Tierhaltung

Stand: auf Anfang 2027 vertagt

35. Krankenhausreformenpassungsgesetz

Stand: 1. Lesung im Bundestag am 12.11.2025

36. Bürokratierückbau in der Gewerbeordnung und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz sowie anderer Rechtsvorschriften zur Aufhebung von Berichtspflichten

Stand: 1. Beratung 28.01.2026 im Bundestag

37. Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen

Stand: öffentliche Anhörung für den 25.02.2026 geplant

38. Weitere Digitalisierung der Zwangsvollstreckung

Stand: Kabinettsentwurf vom 05.11.2025

39. 5. Straßenverkehrs-Änderungsgesetz

Stand: im November 2025 vom Bundeskabinett beschlossen

40. RED-III-Umsetzung im Bereich Windenergie auf See und Stromnetze

Stand: 3. Lesung im Bundestag am 4.12.2025

41. Entbürokratisierung der Besonderen Ausgleichsregelung

Stand: Kabinettsbeschluss 01.10.2025

42. Wasserstoff-Beschleunigungsgesetz

Stand: Kabinettsbeschluss 01.10.2025, wird aktuell im Ausschuss für Wirtschaft und Energie beraten

43. Weiterentwicklung des Projektförderinformationssystems profi

Stand: Kabinettsbeschluss 01.10.2025





HENRI SCHMIDT
Mitglied des
Deutschen Bundestages

DIGITALE SOUVERÄNITÄT UND NACHHALTIGKEIT: BESUCH BEI DATAR IN RELLINGEN

Wie moderne Digitalisierung und Klimaschutz Hand in Hand gehen können, durfte ich mir am 22.01.26 in Rellingen ansehen. Auf Einladung von Jan-Dirk Huntemann habe ich gemeinsam mit Daniel Kölbl, MdB, das neue Rechenzentrum der dataR GmbH besucht – ein Projekt, das ich mir gezielt angeschaut habe, da es für meinem eigenen Wahlkreis von großem Interesse ist.

Was dieses Projekt so besonders macht, ist die Verbindung von Hochleistungstechnologie und lokaler Nachhaltigkeit. Das Rechenzentrum nutzt eine sogenannte direkte Flüssigkühlung (Direct Liquid Cooling). Dabei werden die Prozessoren nicht wie üblich mit lauten Ventilatoren, sondern hocheffizient mit Wasser gekühlt. Der Clou: Die dabei entstehende Abwärme wird nicht ungenutzt an die Umwelt abgegeben. Über eine intelligente Leitung wird sie direkt in die neue, benachbarte Grundschule geleitet.

Rund 180 Schülerinnen und Schüler profitieren so künftig von einer umweltfreundlichen Heizung, die direkt aus der digitalen Infrastruktur gespeist wird. Für mich ist dieses Projekt ein Paradebeispiel für „Souveränität durch Machen“: Wir stärken unsere digitale Unabhängigkeit und lösen gleichzeitig Energiefragen direkt vor Ort. Ein starkes Signal aus Schleswig-Holstein für eine moderne Verwaltung und Infrastruktur.





HENRI SCHMIDT
Mitglied des
Deutschen Bundestages

DIGITALE SOUVERÄNITÄT & KI: VON DER DEBATTE IN DIE PRAXIS VOR ORT

Was oft abstrakt klingt, entscheidet am Ende darüber, wie sicher unsere Daten sind und wie viel effizienter künftig der Staat wird. In zwei intensiven Diskussionsrunden durfte ich Mitte Januar die Weichen für eine modernere Verwaltung und technologische Unabhängigkeit mitgestalten.

KI IN DER VERWALTUNG: VOM KONZEPT IN DIE PRAXIS

Auf Einladung des KI-Bundesverbandes (13.01.) habe ich in der Landesvertretung Baden-Württemberg verdeutlicht, dass wir Künstliche Intelligenz (KI) nicht nur diskutieren, sondern konsequent anwenden müssen. Mein Ziel ist es, dass der Staat als „Ankerkunde“ auftritt: Indem Behörden gezielt Aufträge an innovative Start-ups vergeben, fördern wir unsere heimische Wirtschaft und bringen gleichzeitig frischen Wind in die Ämter. Ein zentraler Baustein ist dabei der „Deutschland-Stack“ – eine Art gemeinsames Betriebssystem für die deutsche Verwaltung. Statt dass jede Kommune das Rad neu erfindet, schafft dieser einheitliche IT-Baukasten die Basis, um moderne Software und KI-Lösungen überall schnell und sicher zu integrieren. Das Ziel ist klar: Behördenabläufe müssen für Bürger und Unternehmen spürbar beschleunigt werden.



v. l. n. r.: Elias Schneider (CEO Codesphere), Henri Schmidt (MdB), Alfred Kranstedt (Direktor ITZBund), Valentina Kerst (Moderatorin) / Fotos: Jens Oellermann

FRÜHSCHICHT FÜR UNSERE SOUVERÄNITÄT

Ergänzend dazu stand am 15.01. bei FGS Global die strategische Frage im Fokus: Wie bleibt Europa eigenständig? Gemeinsam mit Kollegen von Grünen, SPD und der Bitkom habe ich über Mikroelektronik und digitale Infrastrukturen debattiert. Technologische Souveränität ist dabei weit mehr als ein theoretisches Konzept. Es geht darum, dass wir bei kritischer Hardware und Software nicht von den Entscheidungen anderer Weltregionen abhängig werden. Nur wenn wir eigene Kapazitäten in der Chip-Produktion und sichere Datenwege in Europa behalten, sichern wir langfristig unsere wirtschaftliche Stärke und unsere strategische Handlungsfähigkeit – gerade in unruhigen globalen Zeiten.

WARUM DAS FÜR UNS IM WAHLKREIS WICHTIG IST:

Nur wenn wir technologisch unabhängig bleiben und KI klug einsetzen, sichern wir unsere Handlungsfähigkeit. Das bedeutet konkret: stabilere Prozesse für unsere Betriebe und eine Verwaltung, die durch digitale Entlastung wieder mehr Zeit für die Anliegen vor Ort hat.



v. l. n. r.: Johannes Schätzl (MdB), Henri Schmidt (MdB), Moderatorin, Anna Lührmann (MdB), Fabian Zacharias (Managing Director BITKOM)





HENRI SCHMIDT
Mitglied des
Deutschen Bundestages

LERNEN VOM DIGITALEN VORREITER IN EUROPA



Wie ein moderner Staat in der Praxis aussehen kann, durfte ich vom 9. bis 13. Februar 2026 in Tallinn erleben. Im Rahmen des Programms „Politik gestalten im 21. Jahrhundert“ der **Robert Bosch Stiftung** nahm ich an einer Studienreise in die estnische Hauptstadt teil.

Seit 2016 bringt die Stiftung Abgeordnete verschiedener Fraktionen des Deutschen Bundestages zusammen, um zentrale Zukunftsfragen staatlichen Handelns im nationalen und internationalen Kontext zu diskutieren.

Im Mittelpunkt der fünftägigen Reise standen **Digitalisierung, Verteidigungspolitik und strategische Vorausschau**. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen sowie internationalen Gesprächspartnern konnten wir uns intensiv austauschen und konkrete Einblicke in die estnische Praxis gewinnen.

Estland gilt europaweit als **Vorreiter** für digitale Staatsgestaltung. Viele Verwaltungsleistungen sind vollständig digital und klar strukturiert. Politik, Verwaltung und Technologie arbeiten dort eng verzahnt zusammen – mit einer langfristigen strategischen Ausrichtung und konsequenter Umsetzung.

Für meine Arbeit im Deutschen Bundestag nehme ich wertvolle Impulse mit, insbesondere für die Weiterentwicklung unserer eigenen Staatsmodernisierung. Die Reise hat erneut verdeutlicht: Digitalisierung ist ein wichtiges Instrument, um staatliches Handeln effizienter zu gestalten.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Robert Bosch Stiftung beim Austausch in der estnischen Hauptstadt.





HENRI SCHMIDT
Mitglied des
Deutschen Bundestages

SOZIALSTAATSREFORM: LEISTUNGEN BÜNDELN, VERFAHREN VEREINFACHEN

Ein moderner Staat muss nicht nur effizient verwalten, sondern auch seine Leistungssysteme klar und übersichtlich strukturieren.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung am **1. September 2025** die Kommission zur Sozialstaatsreform (KSR) eingesetzt. Diese hat nun, am **27. Januar 2026**, ihren Abschlussbericht vorgelegt. Unter Federführung des **Bundesministeriums für Arbeit und Soziales** haben Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände **26 Empfehlungen** einstimmig beschlossen. Der Bericht greift dabei zentrale Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag auf und bildet die Basis für eine umfassende Modernisierung der steuerfinanzierten Sozialleistungen.

Aus Sicht der Kommission sind dabei drei Punkte besonders entscheidend:

- **Konsequente Digitalisierung als Grundlage:** Ein zentrales digitales Sozialportal mit einheitlichen **Standards** soll den Zugang zu Leistungen deutlich vereinfachen. Ziel ist ein Antrag, eine transparente Entscheidung und eine schnelle Bearbeitung. Das beschleunigt Verfahren und senkt langfristig Verwaltungskosten.
- **Leistungen vereinfachen und automatisieren:** Auf dieser Grundlage werden Zuständigkeiten klarer geregelt und Leistungen teilweise zusammengelegt. Wo möglich, sollen Leistungen automatisiert ausgezahlt werden. Ziel ist ein direkter Zugang zu Unterstützung bei deutlich weniger Bürokratie.
- **Verwaltung entlasten, Menschen in den Mittelpunkt stellen:** Durch klarere und automatisierte Prozesse entfällt das ineffiziente Hin und Her zwischen Behörden. Das entlastet die Verwaltungen und gibt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder mehr Zeit für die Menschen statt für Papierarbeit.



Der Abschlussbericht der Kommission ist ambitioniert, bietet aber eine tragfähige Grundlage. Jetzt kommt es darauf an, dieses Reformvorhaben zügig abzuschließen.

SO SIEHT CHATGPT MEINEN ARBEITSALLTAG

Wir debattieren viel über die Potenziale der Künstlichen Intelligenz für unseren Staat – aber manchmal darf es auch einfach ein Schmunzeln sein. Ich habe die KI gefragt: „Wie siehst du eigentlich meinen Alltag als Abgeordneter?“

Das Ergebnis ist gar nicht schlecht getroffen. Auch ohne futuristische Spielereien zeigt das Bild den Mix aus Terminen im Wahlkreis, Arbeit im Plenarsaal, meine Leidenschaft für Digitales und die konzentrierte Schreibtischarbeit.

Vielleicht etwas verdichtet – aber die Energie und die Themenvielfalt sind gar nicht so verkehrt. Was meinen Sie: Erkennt man mich in diesem digitalen Porträt wieder oder braucht die KI noch etwas Nachhilfe?





HENRI SCHMIDT
Mitglied des
Deutschen Bundestages

KRITIS-DACHGESETZ: SCHUTZ FÜR DAS, WAS UNSEREN ALLTAG TRÄGT

Ein moderner Staat braucht klare Strukturen und effiziente Verfahren. Doch Leistungsfähigkeit allein genügt nicht. Er muss ebenso seine grundlegenden Funktionen und Infrastrukturen wirksam schützen können. Strom, Wasser, Gesundheitsversorgung und digitale Netze – all das muss zuverlässig laufen. Mit dem **KRITIS-Dachgesetz**, das am **29. Januar 2026** vom **Deutschen Bundestag** beschlossen wurde, stärken wir genau diesen Schutz und machen Deutschland widerstandsfähiger gegenüber den Bedrohungen unserer Zeit.

Angesichts zunehmender hybrider Angriffe auf unsere Infrastruktur war dieser Schritt dringend notwendig. Der jüngste Stromausfall in Berlin infolge eines Anschlags hat gezeigt, wie verletzlich zentrale Versorgungsstrukturen sein können.

Konkret verpflichtet das KRITIS-Dachgesetz Betreiber **kritischer Infrastruktur** – also Einrichtungen, die für die Gesamtversorgung Deutschlands essenziell sind und dabei mehr als 500.000 Menschen versorgen – zu klaren Schutzstandards. Betroffen sind insbesondere die Bereiche **Energie, Wasser, Gesundheit, IT und Telekommunikation**.

Das Gesetz schreibt nun klare Schutzstandards vor, darunter:

- Verpflichtende Risikoanalysen und Schutzkonzepte (z. B. Notfallteams, verstärkter Objektschutz, Maßnahmen zur Ausfallsicherheit)
- Meldepflichten bei Sicherheitsvorfällen
- Klare Zuständigkeiten und Koordinationsstrukturen – unter anderem erhalten die Länder die Möglichkeit, besonders kritische Anlagen gezielt zu identifizieren

Ziel ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen, Angriffe schneller abzuwehren und im Ernstfall handlungsfähig zu bleiben.

Für mich persönlich ist die Verabschiedung dieses Gesetzes etwas Besonderes: Es ist bereits das zweite Sicherheitsgesetz, das ich aktiv mitverhandeln durfte.

Das KRITIS-Dachgesetz zeigt, wie ernst wir die innere Sicherheit nehmen – und dass wir handeln, um unser Land stärker zu schützen.

Weitere Informationen zum finden Sie unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kabinettt-kritis-dachgesetz-2383682>

ZUM SCHLUSS

Ich hoffe, ich konnte Ihnen einen greifbaren Eindruck vermitteln, wie entschlossen die Bundesregierung Modernisierung, Digitalisierung und die innere Sicherheit vorantreibt, um unseren Staat leistungsfähiger und widerstandsfähiger zu machen.

Sollten Fragen entstehen, können Sie sich jederzeit gerne an mich wenden.

✉ **Bundestagsbüro:** henri.schmidt@bundestag.de

✉ **Wahlkreisbüro:** wahlkreisbuero@henri-schmidt.de



V.i.S.d.P.: Henri Schmidt MdB | Wahlkreisbüro, Heinrich-Hertz-Str. 21, 23909 Ratzeburg



Foto: Tobias Koch

